
Österreichs Politik und Wirtschaft im 'langen 19. Jahrhundert' (1790-1914)

Rezension von: Helmut Rumpler,
Österreichische Geschichte 1804-1914.
Eine Chance für Mitteleuropa.
Bürgerliche Emanzipation und
Staatsverfall der Habsburgermonarchie,
Verlag Carl Ueberreuter, Wien 1997, 672
Seiten, öS 740,-.

In der von Herwig Wolfram herausgegebenen "Österreichischen Geschichte in 10 Bänden" des Verlags Carl Ueberreuter erschien nach Ernst Hanischs "Der lange Schatten des Staates" und Roman Sandgrubers "Ökonomie und Politik" nun der dritte jener Bände, die sich mit der neueren Geschichte Österreichs beschäftigen.

Die Jahresangaben im Titel des Buches täuschen freilich: Es entsteht der Eindruck, die Darstellung setze mit dem Beginn des 'Kaisertums Österreich' ein; dies ist aber nicht der Fall. Der gesamte erste Abschnitt des Bandes und Teile des zweiten sind der Periode von 1790 bis 1815 gewidmet, insbesondere natürlich den außenpolitischen und militärischen Entwicklungen im Gefolge der Französischen Revolution, aber auch der nachjosephinischen Staatskrise im Inneren und den Reformansätzen zu Beginn des 19. Jahrhunderts.

Die Darstellung schließt nicht mit dem Ende der Monarchie im Herbst 1918, sondern bereits im Sommer 1914. Dies bedeutet allerdings, daß das zehnbändige Großprojekt keine umfassende Darstellung der Geschichte Österreichs im Ersten Weltkrieg enthält! (Dem ob dieser gravierenden und

unverständlichen Auslassung verwunderten Leser möge der Hinweis auf M. Rauchensteiners exzellente Monographie 'Der Tod des Doppeladlers' dienlich sein. Eine Rezension derselben erschien in WuG 20/2 (1994) 322-325.)

Im 'Die Ära Metternich' betitelten Abschnitt ist für den vor allem wirtschaftshistorisch orientierten Leser insbesondere das vierte Kapitel 'Industrielle Revolution und bürgerliche Gesellschaft' von Interesse. Zur nach wie vor umstrittenen Frage, wann in der Habsburgermonarchie der Übergang zu einem stetigen und selbsttragenden Wirtschaftswachstum stattgefunden habe, hält Rumpler fest: "Neuerdings hat sich die These durchgesetzt, daß der wirtschaftliche Umbruch in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts anzusetzen sei." (S.215)

Die bahnbrechenden quantitativen Studien über das Wirtschaftswachstum in der Monarchie im vorigen Jahrhundert stammen von den US-amerikanischen Wirtschaftshistorikern D. Good und J. Komlos. Beide vertreten die Ansicht, daß die Industrielle Revolution in Österreich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einsetzte. Komlos (1) stellt dabei das Bevölkerungswachstum als den entscheidenden auslösenden Faktor heraus. Die politische Antwort auf den wachsenden Bevölkerungsdruck habe in den bekannten institutionellen Reformen Maria Theresias und Josephs II. bestanden, welche Hindernisse für das Wachstum der Sachgüterproduktion beseitigten. Die mit den zusätzlichen Exporterlösen finanzierten Importe von Nahrungsmitteln hätten den Ausweg aus der Malthusianischen Falle gewiesen.

Der kriegsbedingte Staatsbankrott des Jahres 1811 und die schwere Nachkriegsrezession 1815-17 unterbrachen die wirtschaftliche Expansion jeweils nur kurzfristig. Die Reformen in den beiden ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts (ABGB, Schulreform, 'In-

dustrialfreiheit', Nationalbank, Währungssanierung) schufen die Grundlagen für den späteren ökonomischen Durchbruch.

Gemäß Komlos setzte modernes Wirtschaftswachstum in Österreich zwischen 1825 und 1830 ein. In dieser Phase begann sich das Wachstum des industriellen Outputs zu beschleunigen, aber die vorliegenden Belege bieten keine Unterstützung für Gerschenkrons These eines *'great spurt'* (2) oder Rostows *'take-off'*. Die Prosperitätsepoche währte bis zu der von Mißernten in den Jahren 1846/47 eingeleiteten Krise fort. Zumindest in Niederösterreich und Böhmen war in den vierziger Jahren bereits ein hoher Stand an Industrialisierung erreicht. Kapitel über die Textilindustrie, die Eisenverarbeitung und die Luxusgüterproduktion veranschaulichen den Entwicklungsstand.

In den achtziger Jahren gab es eine Kontroverse zwischen zwei Wirtschaftshistorikern, die quantitative Methoden in den Vordergrund stellen, nämlich J. Komlos und D. Good, einerseits sowie einem Vertreter der älteren, stärker institutionell orientierten Generation österreichischer Wirtschaftshistoriker, E. März, andererseits über die Bedeutung der Reformen im Zuge bzw. im Gefolge der Revolution von 1848/49 für die langfristige Wirtschaftsentwicklung Österreichs: die bäuerliche Grundentlastung 1849, die Beseitigung der Zolllinie zwischen Österreich und Ungarn 1851, den (freihändlerischen) Außenzolltarif von 1852 und den preußisch-österreichischen Zollvertrag von 1853.

Leider schenkt Rumpler dieser interessanten Auseinandersetzung keine Aufmerksamkeit. Sein Resümee über die Bodenreform, einen der bedeutendsten Aspekte der neoabsolutistischen *'Revolution von oben'*, lautet: "Die Durchführung der bäuerlichen Grundentlastung und der Entschädigung der Grundbesitzer war nicht nur ein wichti-

ger Beitrag zur Sicherung des sozialen und politischen Friedens. Die neuen Eigentumsverhältnisse mit ihren Auswirkungen auf den Kapitalmarkt und die demographische Entwicklung eröffneten auch der Wirtschaftspolitik neue Wege." (S. 347)

Komlos (3) war der erste Historiker, der - auf der Grundlage seiner ökonomischen Schätzungen - den hohen Stellenwert, den die österreichische Geschichtsschreibung den Reformen der Jahrhundertmitte in bezug auf den Übergang zu modernem Wirtschaftswachstum beimaß, in Zweifel zog. Seiner Meinung nach hätte die Beseitigung der Zwischenzolllinie nur geringe Auswirkungen auf das Wachstum der österreichischen Industrie gehabt, da die Hemmnisse für den Warenhandel bereits vor der Schaffung der Zollunion ziemlich niedrig gewesen wären.

Und auch die bäuerliche Grundentlastung hält Komlos nicht für einen Wendepunkt in der Wirtschaftsentwicklung, hätten doch die Reformen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bereits eine wesentliche Verringerung der feudalen Belastungen bewirkt.

Good (4) vertritt im wesentlichen Komlos' Standpunkt, konzediert aber, daß die obengenannten Reformen für die Fortdauer des modernen Wirtschaftswachstums in Österreich notwendig gewesen sein könnten. Vermutlich habe die Bodenreform die Produktivität sowohl der gesamten in der Landwirtschaft eingesetzten Arbeit (nicht nur der früheren Robot-Arbeit) als auch des entsprechenden Kapitals angehoben.

März kritisierte in einem in dieser Zeitschrift erschienenen Aufsatz (5) die Unterschätzung institutioneller Faktoren durch die amerikanischen Cliometriker Komlos und Good. Die kurzfristigen Effekte der Aufhebung der Zolllinie wären aufgrund der Mängel des Transport- und Bankensystems zwangsläufig eher gering gewesen; die Beseitigung

dieser Hindernisse für die Ausweitung des Handelsvolumens zwischen Österreich und Ungarn wäre erst in den fünfziger und sechziger Jahren erfolgt.

In bezug auf die Wirtschaftsentwicklung in der Vormärz-Periode warf März den beiden genannten Autoren eine Überschätzung des Wachstums vor, die daraus resultiert habe, daß die im Niedergang befindliche Leinenindustrie, welche noch in den zwanziger Jahren den größten Industriezweig dargestellt hatte, in den Berechnungen vernachlässigt worden wäre.

Ein nachhaltiger Aufschwung der österreichischen Wirtschaft wurde in den zwei Jahrzehnten nach der Revolution zweimal durch Kriege verhindert. Erst nach der Bewältigung der Staatskrise von 1866 begann die oft beschworene 'erste Gründerzeit'. "Die Konsolidierung des Jahres 1867 befreite die Wirtschaft des Habsburgerstaates zum ersten Mal von der Last, die Kosten der Großmachtspolitik eines alteuropäischen Feudalstaates bezahlen zu müssen. Der politische Neuanfang ermöglichte es, den 1849/50 begonnenen Konjunkturaufschwung in einen langfristigen Wachstumsprozeß zu retten." (S. 456) Es begannen die 'sieben fetten Jahre' (1867-73).

Auch über das Ausmaß und die Dauer des wirtschaftlichen Einbruchs im Gefolge des Börsenkrachs von 1873 besteht nach wie vor eine Kontroverse. Ausgehend von Überlegungen Schumpeters und Kondratieffs interpretierten sowohl H. Matis (6) als auch E. März (7) die österreichische Wirtschaftsentwicklung zwischen 1848 und 1913 als langfristige Wellenbewegung mit Wendepunkten in den Jahren 1873 und 1896. Die Phase von 1873 bis 1896, die 'Große Depression', sei durch Deflation und geringes Wirtschaftswachstum geprägt gewesen. Komlos sieht den Vertrauensverlust der österreichischen Unternehmer nach dem Börsenkrach als Ursache für die Krise der siebziger Jahre an;

diese hätten ihr Kapital aus dem österreichischen Industriesektor abgezogen und in ungarische Staatspapiere investiert, was die Wachstumsschwäche der österreichischen Industrie bis in die frühen neunziger Jahre erkläre.

D. Good hingegen argumentiert, daß sich der Wachstumspfad der österreichischen Wirtschaft zwischen 1873 und 1896 nicht grundlegend von jenem der folgenden Phase unterschieden habe, wobei die eigenen Forschungsergebnisse und die Outputschätzungen von N. Gross (8) sowie von R. Rudolph (9) als Grundlage dienen. Das Jahr 1896 habe zwar den Übergang von der Deflations- zur Inflationsperiode gebracht, aber keinen Bruch im langfristigen Wachstumsprozeß markiert. Komlos' These vom Kapitalfluß nach Ungarn als Ursache einer Wachstumsschwäche in Österreich weist Good zurück und sieht ersteren als einen der in Europa zahlreichen Belege für die Neigung von Investoren aus fortgeschritteneren Ländern an, ihr Kapital in weniger entwickelten Regionen anzulegen. Jedenfalls sei dieser Kapitalabfluß durchaus konsistent mit der Fortsetzung raschen Wachstums in Österreich gewesen.

Die jüngsten Ergebnisse der Forschungen von M. St. Schulze (10) unterstützen in dieser Auseinandersetzung eher die Ansicht Komlos'. Schulzes Schätzungen des Outputs der österreichischen Maschinenindustrie zeigen, daß die Produktion der Kapitalgüterbranche nach 1873 stark zurückging und lange Zeit auf niedrigem Niveau verharrte. Erst gegen Ende der achtziger Jahre wurde das Produktionsergebnis von 1872 überschritten. Schulze interpretiert diese nachhaltige Wachstumsschwäche der Maschinenindustrie als Konsequenz der geringen Investitionsneigung österreichischer Unternehmer in den siebziger und achtziger Jahren, welche mit dem Kapitalabfluß nach Ungarn in kausalem Zusammenhang gestanden habe.

Rumpler selbst, der Schulzes Ergebnisse nicht mehr berücksichtigen konnte, neigt eher der Good'schen Einschätzung zu: "Die Aufstiegsperiode nach 1867 erfuhr zwar mit dem Konjunkturabschwung der 'Großen Depression' von 1873 bis 1896 eine spektakuläre Unterbrechung, aber es handelte sich dabei um keine wirkliche Trendumkehr. ... Es stellt sich sogar die Frage, ob für Österreich-Ungarn überhaupt von einer Wachstumskrise gesprochen werden kann." (S. 456)

Die günstige politische Entwicklung, der gute Zustand der Staatsfinanzen und der Wille des Staates, selbst zur Ankurbelung der Wirtschaft beizutragen, hätten bereits Ende der siebziger Jahre die Wende herbeigeführt. "Der Staat war also fähig und bereit, Ordnung in die von einem mißbrauchten und mißverstandenen Liberalismus zerstörte Wirtschaft zu bringen." (S. 466) Selbst innerhalb der liberalen Bewegung setzte sich der interventionistische Flügel durch; das Ergebnis waren große öffentliche Bauaufträge, wie jene zur Donauregulierung und zur Errichtung der Wiener Hochquellenwasserleitung.

Die tiefgreifendsten und nachhaltigsten Folgen des Börsenkrachs von 1873 sieht Rumpler im politischen Bereich. "Die eigentliche Katastrophe von 1873 war eine ideologische. Der wirtschaftliche Mißerfolg wurde aufgrund der exponierten Stellung liberaler Politiker, Wissenschaftler, Intellektueller und Journalisten im Wirtschaftsleben dem politischen System angelastet. Die Folge war eine Diskriminierung des politischen Liberalismus." (S. 465) Letzterer verlor für die Masse der Bevölkerung seine Glaubwürdigkeit, und die wirtschaftlichen Verlierer formierten sich gegen seine Verfechter. Diese Schwäche des politischen Liberalismus ist noch heute in der politischen Sphäre der Zweiten Republik zu spüren, selbst in der sog. Tagespolitik.

In den beiden letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg nahm die österreichische Wirtschaft einen imposanten Aufschwung, der das Ausmaß einer 'Zweiten Gründerzeit' erreichte. Rumpler zitiert diesbezüglich Matis, der die Phase 1896-1913 zu den "erfolgreichsten in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte" (S. 472) rechnet.

Sie war gekennzeichnet durch wesentliche institutionelle und organisatorische Änderungen: den Konzentrationsprozeß in der Industrie, zunehmenden Einfluß des Bankensektors auf die Industrie, die Bildung von Kartellen und - damit zusammenhängend - den Übergang zum Protektionismus.

Mittels Gründungen neuer Unternehmungen und der Forcierung der Umwandlung bestehender Privatfirmen zu Aktiengesellschaften sicherten sich die Großbanken industrielle Macht- und Einflusssphären. Die Bildung von Kartellen unter der Führung der nach Sicherheit und Konkurrenzeliminierung strebenden Banken und die Fusionen großindustrieller Unternehmungen, insbesondere in der Schwerindustrie, der Maschinen- und der Elektroindustrie, ließen den Grad industrieller Konzentration rasch voranschreiten. Auf diese Weise entstanden gleichzeitig auf weiten Gebieten der Volkswirtschaft enge Interessengemeinschaften zwischen den Banken, die in dieser Periode einen dominierenden Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben der Monarchie ausübten.

Die Durchsetzung von technischen Neuerungen und organisatorischen Innovationen brachte ein beträchtliches Produktivitätswachstum mit sich. Die stärksten wirtschaftlichen Impulse gingen aus vom Aufbau neuer Industrien, wie der Elektro-, der Automobil-, der chemischen (Petrochemie, Kunstdüngerherzeugung etc.) und verschiedenen Sparten der metallverarbeitenden Industrie (Produktion von Fahrrädern, gezogenen Röhren usw.), von der Bautätig-

keit in den Städten, insbesondere in Wien ('Spätgründerzeit'), den Investitionen in das Eisenbahnwesen (Ausbau der Lokal- und der Alpenbahnen) sowie von den stark gesteigerten Ansprüchen der Heeresverwaltung.

Rumpler widmet im Rahmen des Kapitels "Die österreichische Version des Kapitalismus" den Eisenbahnen, dem Bergbau, der Maschinenindustrie und der Landwirtschaft jeweils ein eigenes Unterkapitel, wobei es sich allerdings in allen Fällen um Überblicke handelt, welche den gesamten Zeitraum von 1867 bis 1914 umfassen. Im letzten Abschnitt des Buches, der sich mit den Jahren 1903 bis 1914 befaßt ("Der Weg in den Untergang"), wird die besonders dynamische Wirtschaftsentwicklung (langer konjunktureller Aufschwung 1905-10) leider nicht mehr eigens thematisiert.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß sich der Abstand der österreichischen Volkswirtschaft gegenüber den führenden europäischen Industrieländern in den beiden letzten Friedensdekaden deutlich verringerte.

Im Mittelpunkt jener beiden Abschnitte des vorliegenden Bandes, die den Zeitraum vom 'Ausgleich' des Jahres 1867 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs behandeln, steht selbstverständlich das Nationalitätenproblem, welches in zunehmendem Maße sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik dominierte. Nach dem Erlaß der Badenschen Sprachenverordnung von 1897 spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen den Nationalitäten sowohl auf cisleithanischer Ebene als auch in den einzelnen Kronländern zu, Obstruktion legte den Reichsrat lahm. Die Regierung agierte meist mittels Notverordnungen auf der Grundlage des berüchtigten Paragraphen 14, der ein Regieren ohne Parlamentsbeschlüsse ermöglichte.

Nachdem auch Ministerpräsident Koerber, dessen Initiativen noch einmal

Optimismus hervorgerufen hatten, gescheitert war, herrschte auch in Regierungskreisen "die Überzeugung, daß der bürgerliche und adelige Nationalismus den letzten Rest an entwicklungs-fähiger Substanz verloren hatte." (S.551) In dieser Situation gab die russische Revolution von 1905 einen Anstoß von außen: Die Regierung gab dem Druck der Sozialdemokraten nach, denn sie hoffte, mittels der Wahlrechtsreform (allgemeines Männerwahlrecht) ein arbeitsfähiges Parlament zu erhalten. Durch die Reichsratswahlen von 1907 wurden die Christlich-sozialen und ihre katholischen Verbündeten zur stärksten Parlamentsfraktion. Der sprunghafte Zuwachs für die Sozialdemokraten (stärkste Partei) blieb aufgrund ihrer nationalen Zersplitterung wirkungslos.

In der Folge zeigte sich rasch, daß auch die Parlamentsreform das Nationalitätenproblem nicht zu lösen, ja nicht einmal zu entschärfen vermochte. In den Landtagen blieben die bürgerlichen Nationalisten dank des Kurienwahlrechts weiterhin an der Macht. Die zentrale Bürokratie war nicht mehr jene Säule, die dem gefährdeten Staat als Stütze dienen konnte. Und auch die Aristokraten waren keine staatstragende Elite mehr.

Der Staat, von dem viele die Lösung des Nationalitätenproblems erwarteten, war dazu nicht fähig. Er stand in dieser akuten Krise nicht über den Konfliktparteien, sondern bildete eine der Arenen der Auseinandersetzungen zwischen den Nationalitäten und stellte gleichzeitig eines der wichtigsten Kampfobjekte in diesen Konflikten dar: Die Nationalisten suchten Teile des Staates zu erobern und zu dominieren, um auf diese Weise ihre Ziele realisieren zu können.

Längst ging es den Nationalisten "nicht mehr um die Sicherung nationaler Rechte und die Abwehr nationaler Unterdrückung, sondern um die Sicherung eines extensiv definierten 'natio-

nenalen Besitzstandes', um Assimilation und um die Festschreibung der Sprachgrenzen, um damit die nationalen Ansprüche begründen zu können." (S.555) Sowohl die großen als auch die kleineren Nationalitäten leisteten Beiträge zur Eskalation des Nationalitätenstreites.

In diesem Kontext steht die schwierige zu beantwortende Frage im Raum, welche kausalen Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Zuspitzung der politischen Krise bestanden hätten.

Wie bereits oben festgehalten, verringerte sich in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg die Differenz im Pro-Kopf-Einkommen zwischen den führenden westeuropäischen Industriestaaten einerseits und den Regionen der österreichischen Reichshälfte andererseits (11). Von einem wirtschaftlichen Versagen der Monarchie in der betreffenden Periode kann somit keine Rede sein.

D. Good zieht am Ende seiner Monographie aus dem Jahre 1984, welche bis heute das Standardwerk zur neueren österreichischen Wirtschaftsgeschichte darstellt, die Schlußfolgerung, daß es jedenfalls nicht ein Mangel an ökonomischer Dynamik gewesen wäre, welcher die politischen Probleme eskalieren ließ. Im Gegenteil, die politische Krise könnte ein Resultat des wirtschaftlichen Erfolgs gewesen sein. Gemäß dieser These sei die Anpassung der politischen Institutionen, welche das nachhaltige Wirtschaftswachstum, der damit einhergehende Strukturwandel und die sozialen Auswirkungen notwendig gemacht hätten, unterblieben. Für Diskussionsstoff ist gesorgt...

Rumpler gelang es, einen Mittelweg zwischen struktureller und erzählender Geschichtsschreibung zu finden. Trotz der Behandlung vieler Einzelheiten wird der rote Faden der großen Themen nie verloren. Und die Darstellung bleibt auch dort gut lesbar, wo es um die komplexen Zusammenhänge zwi-

schen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur geht.

Michael Mesch

Anmerkungen

- (1) Komlos, John, *Economic Development in the Habsburg Monarchy in the Nineteenth Century: Essays* (Boulder 1983); ders., *Nutrition and Economic Development in the Eighteenth-Century Habsburg Monarchy: An Anthropometric History* (Princeton 1989); ders., *Economic Development in the Habsburg Monarchy and in the Successor States* (Boulder 1990).
- (2) Gerschenkron, Alexander, *An Economic Spurt That Failed* (Princeton 1977).
- (3) Komlos, John, *The Habsburg Monarchy as a Customs Union: Economic Development in Austria-Hungary in the Nineteenth Century* (Princeton 1983).
- (4) Good, David F., *The Economic Rise of the Habsburg Empire, 1750-1914* (Berkeley 1984).
- (5) März, Eduard, *Die wirtschaftliche Entwicklung der Donaumonarchie im 19. Jahrhundert*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 11/3 (1985) 367-392.
- (6) Matis, Herbert, *Österreichs Wirtschaft 1848-1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I.* (Berlin 1972).
- (7) März, Eduard, *Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josephs I.* (Wien 1968).
- (8) Gross, Nachum T., *Industrialization in Austria in the Nineteenth Century* (Berkeley 1966).
- (9) Rudolph, Richard L., *Banking and Industrialization in Austria-Hungary: The Role of Banks in the Industrialization of the Czech Crownlands, 1873-1914* (Cambridge 1976).
- (10) Schulze, Max-Stephan, *Engineering and Economic Growth: The Development of Austria-Hungary's Machine-Building Industry in the Late Nineteenth Century* (Frankfurt 1996).
- (11) Good, David F., *The Economic Lag of Central and Eastern Europe: Income Estimates for the Habsburg Successor States, 1870-1910*, in: *Journal of Economic History* 54/4 (1994) 869-891.